

VORARLBERGER LANDESGESETZBLATT

Jahrgang 2020

Ausgegeben am 28. Oktober 2020

67. Kundmachung: Aufhebung einer Wortfolge in § 22 Abs. 1 des Gemeindegesetzes sowie der §§ 58 bis 63 und des § 64 Abs. 1 lit. c des Landes-Volksabstimmungsgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof

Kundmachung des Landeshauptmannes über die Aufhebung einer Wortfolge in § 22 Abs. 1 des Gemeindegesetzes sowie der §§ 58 bis 63 und des § 64 Abs. 1 lit. c des Landes-Volksabstimmungsgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof


Gemäß Art. 140 Abs. 5 des Bundes-Verfassungsgesetzes wird kundgemacht:

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 6. Oktober 2020, G 166-168/2020, V 340/2020, entschieden:

1. Die Wortfolge "oder es mindestens von einer Zahl an Stimmberechtigten der Gemeinde (§ 20) verlangt wird, die wie folgt zu ermitteln ist: a) für die ersten bis zu 1.500 Stimmberechtigten: 20 % davon; zuzüglich b) für die nächsten bis zu 1.500 Stimmberechtigten: 15 % davon; zuzüglich c) für die darüber hinausgehende Zahl von Stimmberechtigten: 10 % davon" in § 22 Abs. 1 Vbg. Gesetz über die Organisation der Gemeindeverwaltung (Gemeindegesetz - GG.), Vbg. LGBl. Nr. 40/1985 idF Vbg. LGBl. Nr. 4/2012, sowie die §§ 58 bis 63 und § 64 Abs. 1 lit. c Vbg. Gesetz über das Verfahren bei Volksbegehren, Volksabstimmungen und Volksbefragungen (Landes-Volksabstimmungsgesetz), Vbg. LGBl. Nr. 60/1987 idF Vbg. LGBl. Nr. 34/2018, werden als verfassungswidrig aufgehoben.
2. Die Aufhebung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2021 in Kraft.

Der Landeshauptmann:

Mag. Markus Wallner

	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
	Dieses Dokument ist amtssigniert im Sinne des E-Government-Gesetzes. Mechanismen zur Überprüfung des elektronischen Dokuments sind unter https://pruefung.signatur.rtr.at/ verfügbar. Ausdrucke des Dokuments können beim Amt der Vorarlberger Landesregierung Landhaus A-6901 Bregenz E-Mail: land@vorarlberg.at überprüft werden.